

GASTKOMMENTAR

Warum wir den Schritt zur elektronischen Identität wagen können

Sich mit einem einzigen, sicheren Log-in die Online-Welt erschliessen? In anderen Staaten ist das bereits Realität. Doch wer soll die entsprechende Infrastruktur bereitstellen – der Staat oder die Privatwirtschaft?

Ali A. Guenduez und Kuno Schedler 21.6.2019, 05:30 Uhr

Stellen Sie sich vor, Sie könnten sich mit einem einzigen, sicheren Log-in die Online-Welt erschliessen: Ihre Bankdaten einsehen, Steuern bezahlen, elektronisch unterschreiben, einkaufen und diesen Zeitungsartikel kommentieren. Während wir in diesen Tagen über die Einführung eines elektronischen Identitätsnachweises debattieren, mit welchem all das möglich wäre, ist dies in anderen Staaten bereits Realität.

Niemand zweifelt am Nutzen der elektronischen Identität (eID); deren Ausgestaltung ist jedoch Gegenstand von Diskussionen. Während die Hoheit über die Identität ohnehin beim Staat bleibt, scheiden sich die Geister daran, wer die entsprechende Infrastruktur bereitstellt – der Staat oder die Privatwirtschaft. Dies insbesondere deshalb, weil es sich bei Identitätsdaten um höchst sensitive Daten handelt.

Erhitzte Gemüter

Die Debatte über die Rolle von Staat oder Markt erhitzt Gemüter, mobilisiert die Politik und schafft entgegengesetzte Lager. Auf beiden Seiten werden zahlreiche Bedenken und Befürchtungen geäussert.

Für die Befürworter einer staatlichen Lösung ist die eID kein Produkt, das dem Wettbewerb ausgeliefert sein soll. Die Identitätsprüfung und die Gewährung von Identität sind Aufgaben des Staates. Ihrer Ansicht nach kann nur der Staat langfristig das Vertrauen aufrechterhalten, die geforderte Zuverlässigkeit bieten, hohe Sicherheitsstandards gewährleisten und so eine sichere und vertrauenswürdige Identität im digitalen Raum garantieren. Auch unterliegt eine staatliche Lösung nicht dem Druck, finanziell rentabel zu sein. Private Anbieter hingegen sind stärker unternehmerischen Herausforderungen ausgesetzt und könnten einen Anreiz haben, die Daten für kommerzielle Zwecke zu verwenden.

Für die Befürworter einer privatwirtschaftlichen Lösung ist die Umsetzung durch den Staat teurer und weniger flexibel. Die Kundenorientierung sowie eine hohe Anpassungsfähigkeit und Anpassungsbereitschaft, so heisst es, ermöglichen es privaten Anbietern, schneller und kreativer mit der Entwicklung der Technologie Schritt zu halten und Kundenzufriedenheit sicherzustellen. Eine privatwirtschaftliche Lösung könne zudem die Überwachung, die Profilbildung und den Missbrauch durch den Staat verhindern.

Die Liste der Argumente ist nicht abschliessend. Sie spiegelt letztlich eine Vertrauens- und Zutrauensdebatte wider. Die jüngere Geschichte liefert Argumente für beide Seiten – eine klare Position ist schwierig zu finden.

Zwischen Staat und Markt

Die Schweiz setzt seit je auf eine ausgewogene Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt. In dieser Tradition sieht der Vorschlag des Bundesrats für ein eID-Gesetz nicht ein Entweder-oder vor, sondern nimmt den Staat wie auch Private mit der Formel «sowohl als auch» in die Pflicht. Der Staat ist nicht alleiniger Leistungserbringer, sondern Gewährleister; das bedeutet, er verbleibt Herausgeber, und die privaten Anbieter machen die eID nutzbar. Er stellt sicher, dass private Angebote die hohen Sicherheitsanforderungen erfüllen, die mit dieser Aufgabe verbunden sind. Gleichzeitig muss der Staat Kompetenzen aufbauen, die eine wirksame Regulierung und Überwachung des «eID-Marktes» ermöglichen.

Die Privatwirtschaft muss demgegenüber glaubwürdige Geschäftsmodelle präsentieren, die eine nachhaltige Finanzierung ohne Datenmissbrauch erlauben. Die Anreize müssen klar gesetzt sein. Der Nachweis muss von beiden Seiten erbracht werden: Das Miteinander von Privaten und Staat kann sich einspielen. Dabei ist der Blick auf den ganzen Lebenszyklus von eID-Systemen, deren Anbieter und Nutzer zu richten. Der Vorschlag des Bundesrats erlaubt es, in diese Richtung zu gehen. Der Ständerat hat mit dem positiven Entscheid zum BGEID (Bundesgesetz über die elektronischen Identifizierungsdienste) den eingeschlagenen Weg für eine erfolgreiche Digitalisierung der Schweiz bestätigt. Wir sollten den Schritt zur eID nun wagen – mit offenen Augen und einer gesunden Portion Vorsicht, die uns Schweizerinnen und Schweizer auszeichnet.

Ali A. Guenduez ist Leiter des Smart Government Lab an der Universität St. Gallen. Kuno Schedler ist Professor für Public Management an der Universität St. Gallen.

Sechs Antworten zur elektronischen Identität

Der Einsatz von elektronischen Identifizierungsdiensten soll den Schweizern Vorteile im Umgang mit dem Staat und beim Online-Shopping bringen.

Erich Aschwanden / 24.1.2019, 05:30



Ist die E-ID ein «digitaler Pass» – oder nicht?

In der Debatte um neue elektronische Identifizierungsmittel (E-ID) ist gerne auch vom «digitalen Pass» die Rede. Justizministerin Karin Keller-Sutter bezeichnet dies als falsch. Doch der Bund selbst macht die Analogie zum Pass.

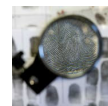
Lukas Mäder / 5.6.2019, 09:49



Die E-ID soll das digitale Leben vereinfachen – der Bundesrat legt die Details vor

Die Rollenteilung zwischen Staat und Privaten behält der Bundesrat in seiner Botschaft zum Gesetz über die elektronischen Identifizierungsdienste. Dafür stärkt er den Datenschutz und die Rolle des Bundes.

Lukas Mäder, Bern / 1.6.2018, 20:59



Newsletter NZZ am Abend

Erfahren Sie, was heute wichtig war, noch wichtig ist oder wird! Der kompakte Überblick am Abend, dazu Lese-Empfehlungen aus der Redaktion. [Hier können Sie sich mit einem Klick kostenlos anmelden.](#)

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.